

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 6.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 7. Februar 1913.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Die große Tarifbewegung.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen, die zwischen den Zentralvorständen stattfanden, hat sich Freiherr von Verleppsch erboten, vermittelnd in die schwebenden Differenzen eingzugreifen, falls solches erwünscht sei. Da die Parteien schon vorher erklärt hatten, sich nicht ablehnend zu verhalten, wenn von dritter Seite der Versuch einer Einigung gemacht würde, wurde Freiherrn von Verleppsch eine zusagevolle Antwort erteilt. Bereits im Jahre 1908 hat sich Freiherr von Verleppsch durch seine schiedsrichterliche Tätigkeit bei der damaligen Tarifbewegung große Verdienste um den gewerblichen Frieden in der Holzindustrie erworben. Durch seine strenge Unparteilichkeit in den kritischen Fragen und die bekundete Sachkenntnis hat er sich das Vertrauen sowohl der Arbeiter als auch der Arbeitgeber erworben. Eine Ablehnung des Anerbietens würde aus diesem Grunde nicht verstanden worden sein.

Die Verhandlungen sind unter dem Vorsitze Freiherrn von Verleppsch am Montag, den 3. Februar wieder aufgenommen worden. Sie sollen zunächst der Erledigung der kritischen prinzipiellen Fragen dienen. Falls auf beiden Seiten der Wunsch geduldet wird, dann Freiherr von Verleppsch über Vertragsdauer, Ablauftermin, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Arbeitsnachweis einen Schiedspruch fällen, wenn eine Einigung der Parteien untereinander über diese Punkte nicht erzielt wird.

Sollten auch diese Verhandlungen nicht ein frühzeitiges und von Arbeiterseite jedenfalls nicht beabsichtigtes unruhiges Ende finden, so dürfte sich die Notwendigkeit ergeben, aus den einzelnen an der Tarifbewegung beteiligten Orten, Vertreter hinzu zu ziehen. Unsere Zahlstellen haben bereits diesbezügliche Anweisungen erhalten.

Ob die Verhandlungen den gewerblichen Frieden bringen, hängt von den Zuständen der Arbeitgeber ab. Wozuläufig liegt es noch nicht so aus, als ob diese daran dächten, von ihrem Angebot abzugehen. Bringt doch die „Fachzeitung“ der Arbeitgeber (Nr. 4) folgende offizielle Ankündigung des Arbeitgeber-Schutzverbandes:

Zahlreiche an uns gerichtete Mitteilungen aus den von der bevorstehenden Ausperung betroffenen Vertragsgebieten lassen keinen Zweifel darüber, daß nicht nur jüngere, sondern auch lange in den Betrieben unserer Mitglieder tätige Arbeiter ihre Arbeitsstelle verlassen, um in Städten Arbeit zu nehmen, deren Beträge weiter laufen.

Auf Grund des Generalversammlungs-Beschlusses vom 3. Januar d. J. wird deshalb vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an die Einstellung Nicht-Ortsangehöriger für alle unsere Verbandsmitglieder untersagt.

Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes.
J. A.: G. Kahardt, Vorsitzender.

Wenn trotz der Mitwirkung des Freiherrn von Verleppsch bei den Verhandlungen, solche Töne angeschlagen werden, und die Einstellung von Arbeitern aus den jetzt in Frage kommenden Tariforten untersagt wird, dann ist das kein besonders günstiges Anzeichen für eine friedliche Beilegung des Konfliktes. Diese Ankündigung des Arbeitgeber-Schutzverbandes kann nicht als ein Zeichen der Tarifstreuz angesehen werden, zumal die Verträge noch bis zum 15. d. M. laufen. Der soziald. Holzarbeiterverband hat diese Maßnahmen gleich mit einer ähnlichen beantwortet, indem er die Sperre über alle an der jetzigen Bewegung beteiligten Orte verhängte.

Zur Situation schreibt die „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 4, daß das ganze Verhalten des Arbeitgeber-Schutzverbandes, welches dieser bisher an den Tag gelegt, erkennen ließe, daß er es plannäßig darauf angelegt hat, den Konflikt herauszufechten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß er von seinen Absichten im letzten Augenblick Abstand nimmt. Noch pessimistischer über die Möglichkeit der Wahrung des Friedens urteilt die soziald. Tagespresse. So schreibt der „Vormärts“ (23. Jan.) zum Einigungsversuch des Freiherrn von Verleppsch:

„Ob sich dabei über die zwischen den beiderseitigen Organisationen bestehenden grundsätzlichen Streitpunkte eher als bisher eine Einigung wird erzielen lassen, muß abgewartet werden. In den materiellen Fragen ist noch nicht die geringste Annäherung zu verzeichnen, und wenn die Unternehmer der einzelnen Orte sich nicht dazu bequemen, den Arbeitern entgegenzukommen zu zeigen, werden leider auch die Bemühungen unparteiischer Vermittler den Ausbruch des Kampfes nicht zu verhindern vermögen.“

Beachtenswert ist für den Verlauf der Verhandlungen im Holzgewerbe die Entscheidung der Unparteiischen bei den Verhandlungen im Malergewerbe über den Arbeitsnachweis. Nach eingehender Aussprache über diesen Punkt haben die Unparteiischen das Obligatorium bei den Arbeitsnachweisen des Malergewerbes abgelehnt. Es ist darum nicht anzunehmen, daß ein eventueller Schiedspruch im Holzgewerbe über diesen Gegenstand anders ausfallen wird. Seitens unseres Verbandes wird jedenfalls alles versucht werden, das Obligatorium zu Fall zu bringen. Nach Lage der Sach-

müssen wir ablehnen, Tarifkontrahent zu sein, wo der Tarif die obligatorische Arbeitsvermittlung vorsieht. Auch in dieser Frage läßt sich eine Einigung auf gesunder Grundlage erzielen, wenn alle Parteien den ehrlichen Willen hierzu haben.

Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt indes bei den materiellen Tarifbestimmungen. Wir haben diesbezüglich allen Grund, solange zu rufen und das Pulver trocken zu halten, nicht nur bis die Verträge unterzeichnet, sondern bis deren Bestimmungen auch in der Praxis Geltung erlangt haben.

Warum wollen die Handwerker-Innungen Innungskrankenkassen gründen?

Zum größten Bedauern aller sozial Einsichtigen ist durch die neue Reichsversicherungsordnung der gesunde Zentralisationsgedanke in der Krankenversicherung nicht in erwünschtem Maße zum Durchbruch gekommen. Einflußreiche Kreise haben es bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften durchgesetzt, daß nicht nur die geringwertige Art der Landkranken-kassen mit fast völligem Ausschluß der Selbstverwaltung neu eingeführt wird, sondern daß auch daneben die Betriebs- und Innungs-Krankenkassen fast uneingeschränkt weiter bestehen und neu gegründet werden können.

Voraussetzung für die Gründung von Betriebs- und Innungskrankenkassen ist nur: 1. daß sie den Bestand vorhandener Orts- oder Landkranken-kassen nicht gefährden; 2. daß ihre sachgemäßen Leistungen, denen der maßgebenden Ortskranken-kassen gleichwertig sind, und 3. daß ihre Leistungsfähigkeit auf die Dauer sicher ist. Die Betriebskassen müssen außerdem mindestens 150 (bei der Landwirtschaft mindestens 50) Versicherte aufweisen können. Bei der Gründung von Innungskassen bedarf es dieses Nachweises noch nicht einmal.

Wie uns nun aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, legen sich allenthalben, besonders aber im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die Sekretäre der Handwerker-Innungen jetzt für die Gründung von möglichst vielen Innungskrankenkassen ins Zeug. Ebenso betreibt der Betriebskrankenkassen-Verband (Sitz Essen) eine lebhaft propagandistische Tätigkeit für die Errichtung und Weiterhaltung von Betriebskrankenkassen.

Warum tun sie dieses? Die Antwort darauf ist nicht schwer. Zunächst will man die versicherten Arbeitnehmer, als „seine“ Arbeiter, auch hier völlig in die Hand bekommen. Die Kontrolle der Arbeiter bei Streiks und Ausperrungen und bei der Arbeitsvermittlung läßt sich dann schnell und lückenlos ermöglichen. Ferner ist das möglichst frühzeitige Hintreiben zur Arbeit nach kaum oder auch noch nicht ganz behobener Krankheit viel leichter ermöglicht. Vor allen Dingen aber glauben die Innungen billiger bei der Krankenversicherung durch das Herausziehen des verhältnismäßig jugendlichen Handwerkererelements aus den Ortskranken-kassen davon zu kommen. Ebenso wie die Betriebskrankenkassen wollen sie die sog. guten Risiken für ihre Krankenkassen herausziehen und dadurch Leistungen und Beiträge sparen. Einer der Geschäftsführer der Innungen, Dr. Lübbering-Gelsenkirchen, hat es glatt herausgesagt: „Die Innungskrankenkassen wollen wir an die Innungssekretariate, die ihre Verwaltung übernehmen sollen, anschließen.“ Damit stütze man zunächst finanziell diese oft unsicheren Sekretariate und brauche zudem nicht für Mädchen, Invaliden und Staatskrüppel die Beiträge zu zahlen.

Welche Folgen hat nun dieses höchst einseitige Beginnen der Herren Dr. Halbach, Rückelhaus, Dr. Lübbering et tutti quanti außer den schon genannten?

Durch das Abwandern der guten Risiken aus den Ortskrankenkassen, die alles aufnehmen müssen, auch die schlechtesten Risiken, wird deren Leistungsfähigkeit herabgedrückt und die Beiträge werden hochgetrieben. Da nun die Innungs- und Betriebskrankenkassen nicht mehr zu leisten brauchen als die Ortskrankenkassen, so bleiben deren Leistungen ebenfalls niedrig und bei dem ausgesuchten jugendlichen und kräftigen Element, das diesen Klassen angehört, können sie mit niedrigeren Beiträgen wirtschaften. Die eventuell höheren Verwaltungskosten der Innungskrankenkassen generieren die Handwerkermeister infolgedessen nicht, als ja davon ihr Geschäftsführer des Innungsausschusses mit honoriert wird.

Diesem die Gesamtarbeiterschaft schädigenden Tun können die organisierten Arbeiter nicht tatenlos zusehen. Die Gesamtausschüsse, die vor Errichtung von Innungskrankenkassen gehört werden müssen, sollten sich ganz energisch und mit guter Begründung gegen diese Zwerggebilde, die keineswegs dem Frieden zwischen Meister und Geselle dienen, wie behauptet wird, wenden.

Sodann müssen die sozial geführten Gemeindevorstände und Stadtverordneten dahin beeinflusst werden, daß sie der begutachtenden Ortsbehörde die Ueberflüssigkeit der Innungskassen klar machen. Die Arbeitnehmervertreter am Versicherungsamt und am entscheidenden Oberversicherungsamt

müssen sich gründlich gegen das unmögliche Zerstückelungsweisen in der Krankenversicherung wenden.

Nach § 252 der R.-V.-O. Absatz 2 sollen sich auch die beteiligten Orts- und Landkranken-kassen gutachtlich über die Errichtung von Innungskrankenkassen gegenüber dem entscheidenden Oberversicherungsamt äußern. Es ist dafür zu sorgen, daß dieses in der richtigen Weise geschieht. Es ist dann ferner darauf hinzuwirken, daß der Garantiefonds, der von den Meistern gezeichnet werden muß, nicht aufzulaufen kommt. Es gibt immer noch Meister, die nicht gerne ihr Geld verlieren wollen und auch solche, die sozial einsichtig sind; an diese wende man sich.

Fort mit aller Zerstückelung in der Krankenversicherung, die nicht unbedingt in den Verhältnissen oder territorial begründet ist! Das Prinzip der Solidarität: Einer für alle und alle für einen muß in der Krankenversicherung gewahrt werden!

Die industriellen Produktivkräfte Deutschlands.

In den letzten Jahren sind die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands vielfach Gegenstand ungünstiger Kritik im Ausland gewesen. Insbesondere hat man es versucht, die Finanzkraft Deutschlands anzuzweifeln. Um dieser, teils auf Mißgunst, teils auf Unwissenheit beruhenden Anschauung entgegenzuwirken, hat die Dresdener Bank zum Jahreswechsel eine Broschüre: „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands“ erscheinen lassen, in welcher wertvolles, grundlegendes, statistisches Material über die finanziellen, wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Kräfte Deutschlands zusammengetragen wird. Ein Vergleich der in der deutschen Industrie beschäftigten Personen gibt für die Jahre 1882 und 1907 folgendes Bild:

	1882	1907
Bekleidungs-gewerbe	1 119 605	1 303 853
Textil-industrie	910 089	1 088 280
Baugewerbe	533 511	1 563 594
Nahrungs- und Genussmittel-industrie	743 881	1 239 945
Maschinen-industrie	356 039	1 120 282
Metall-verarbeitung	459 713	937 020
Bergbau	430 134	860 903
Industrie der Steine und Erden	349 196	770 563
Holz-industrie	469 695	771 059
Chemische Industrie	114 433	265 451
Reinigungs-gewerbe	140 186	254 995
Druckerei, künstlerische Gewerbe usw.	85 394	239 030
Papier-industrie	100 156	230 925
Leder-industrie	121 532	206 973

Die materielle Grundlage der deutschen Industrie bilden Kohle und Eisen, die beide in großer Menge im Inlande vorhanden sind. Der deutsche Bergbau hat sich im Zeitraum von 1871—1910 folgendermaßen entwickelt (in Mill. Mt.):

	1871	1910	Steigerung
Stein- und Braunkohle	244,6	1 705,2	1: 7,0
Eisenerze	30,8	106,8	1: 3,5
Kalk- und sonstige Gänge	4,5	97,8	1: 21,7
Zinn-, Blei- und Kupfererze	25,7	32,7	1: 3,2
Sonstige Bergwerksprodukte	8,6	16,2	1: 1,9
Total	314,2	2 008,7	1: 6,4

Von 1885—1910 hat die Produktion von Stein- und Braunkohle zugenommen in Deutschland um 201,8, Großbritannien um 65,9, Frankreich um 96,6, und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 351,2%. An der Weltproduktion war Deutschland 1885 mit 17,8, 1910 mit 19,3% beteiligt. Der Verbrauch von Stein- und Braunkohlen nahm in dem Zeitraum von 1885—1910 zu (pro Kopf) in Deutschland um 116,7, Großbritannien um 12,1, Frankreich um 78,5 und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 171,6%. Die Lebensdauer der Steinkohlenlager wird für Deutschland geschätzt auf 1000 Jahre, für Großbritannien auf 300, Frankreich auf 500 Jahre. Hinsichtlich der Lebensdauer dieser Steinkohlenlager steht also Deutschland nach den Schätzungen an erster Stelle. Die Roßproduktion stieg in Deutschland von 1905 bis 1910 um 43,1, in Großbritannien um 10,8, in Frankreich um 18,5 und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 29,4%. An der Weltproduktion war Deutschland im Jahre 1905 mit 21,7, 1910 mit 24,3% beteiligt.

Was das Eisenerz anlangt so werden geschätzt die aufgeschlossenen Vorräte (in Millionen Tonnen):

	Eisen	Metallisches Eisen
Deutschland, einschl. Luxemburg . . .	3 878	1 360
Großbritannien	1 300	455
Frankreich	3 300	1 140
Gesamt Europa	12 032	4 733
Amerika	9 855	5 154
Australien, Asien, Afrika	521	905
Welt	22 408	10 192

Deutschlands Anteil an den Vorläuten Europas	32,2%	28,7%
Deutschlands Anteil an den Vorläuten der Welt	17,3%	13,8%

Die Produktion an Roheisen und Stahl ergibt für die letzten 25 Jahre folgendes Bild (in 1000 Tonnen):

	Roheisen	Stahl
	1895	1910
Deutschland einschl. Luxembg.	3688	14794
Großbritannien u. Irland	7534	10178
Frankreich	1681	4038
Ver. Staaten von Amerika	4109	27742
Weltproduktion	19800	67000
Hier von Deutschland	18,1%	22,1%
	238,4%	60,200
	22,7%	22,7%

Die deutsche Roheisen- und Stahlproduktion macht demnach heute nicht ganz 1/4 der Weltproduktion aus. Besonders stark ist gestiegen infolge der raschen Entwicklung der Elektrizitätsindustrie der Kupferverbrauch Deutschlands im letzten Jahrzehnt und zwar weit stärker als in den andern Industrieländern. Dieser Kupferverbrauch stellte sich folgendermaßen (in 1000 Tonnen):

	1901	1911	Zunahme
Deutschland	84,8	225,8	166,3%
Großbritannien	105,2	159,4	51,5%
Ubriges Europa	102,1	221,1	116,6%
Bereinigte Staaten von Amerika	192,3	321,9	67,4%
Weltverbrauch	494,2	959,4	94,1%
Hier von Deutschland	17,2%	23,5%	

An Elektrizitätszentralen zählt Deutschland:

	1895	1911	Zunahme
Elektrizitätsverkaufszentralen	148	2526	1: 17,1
Angegeschlossene Glühlampen	493601	16209233	1: 32,8
Angegeschlossene Nadelglühlampen	12357	245772	1: 19,9
Leistung der Nationalen Motoren in PS	5635	1203779	1: 213,5
Gesamtanschlußwert in Kilowatt	35941	2447769	1: 68,9

Gleichwohl hat die rasche Ausbreitung des elektrischen Lichtes der Ausdehnung der Gasbeleuchtung keinen Abbruch tun können. Im Jahre 1910 stellte sich der Kohlenverbrauch für Gaszeugnisse auf 120 Millionen Markt, die Gasproduktion selbst betrug 2500 000 000 cbm (1877: 325 Millionen) und hatte einen Wert von 375 000 000 Markt. Nebenprodukte wurden gewonnen bei der Gasproduktion im Werte von 83 300 000 Markt. Wie bei der Gasindustrie so ist auch bei der Holzzeugung die Ausbeutung der Nebenprodukte zu einer umfangreichen Industrie entwickelt, wie überhaupt die chemische Industrie Deutschlands die fortgeschrittenste ist. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund wurden gewonnen an Nebenprodukten (Tonnen):

	1896	1911	Zunahme
Schwefelsaures Ammoniak	20975	244567	1: 11,7
Leer	28341	550341	1: 19,4
Benzol	215	53941	1: 250,9

Die Baumwollindustrie zählte 1912 Baumwollspindeln in Deutschland 10 598 752, der Baumwollverbrauch betrug 1910/11 in Ballen 1 685 152. Die Zahl der Brauereibetriebe bezifferte sich in Deutschland 1911 auf 12 009, die Produktion betrug 65 069 hl.

Ein interessantes Bild zeigt auch die Tabakindustrie. Die Produktion betrug (in Millionen Stück):

	1875	1903	1911
Zigaretten	152	3200	9382
Zigarren	5234	7384	ca. 8000

Die deutsche Zementproduktion, die 1877 erst 408 000 000 kg 1897 2 499 000 000 kg betrug, wird für 1911 auf über 6 000 000 000 kg geschätzt. Eine besonders schnelle Entwicklung zeigt auch die deutsche Automobilindustrie auf. Es gab in Deutschland:

	1901	1910	Zunahme
Reine Automobilfabriken	12	56	1: 4,7
Darin beschäftigte Personen	1773	20311	1: 11,5
Produktion in Mill. Markt	5,7	109,5	1: 19,2

Die steigende Verwendung von Industriemotoren kommt hinzu zum Ausdruck, daß die Zahl der Betriebe mit Motoren (ausschließlich elektrische Motoren) 1895 erst 139 700, 1907 233 400 betrug; die Leistungsfähigkeit dieser Motoren in PS betrug 1895 335 700, 1907 8 003 000.

Rapide haben sich auch die Aktien-Gesellschaften entwickelt. Betrag deren Zahl 1886/87 erst 2143, so stieg sie bis Ende 1911 auf 5340. Noch schneller hat sich das Aktienkapital vermehrt und zwar von 487 610 000 Markt (eingezahlt) im Jahre 1886/87 auf Markt 16 103 900 000 (nominal) im Jahre 1911.

Die Entwicklung der Aktien-Gesellschaften für 1911 ergeben folgendes Gesamtbild:

Kapital nach Gewinn der deutschen Akt.-Ges.	Jahr 1904	1912	Zunahme
Böhen	257	2260,3	201,4
Sachsen	348	449,9	44,1
Westpreußen	180	278,6	34,8
Schlesien	534	1789,5	218,3
Brandenburg	302	637,8	126,9
Preußen	332	637,7	78,8
Pommern	99	178,6	19,7
Bayern	58	122,9	20,6
Württemberg	62	73,5	8,2
Rheinland-Pfalz	812	1027,9	114,9
Hessen	12	20,3	3,0
Thüringen	3	0,3	0,1
Sachsen	43	80,6	16,7
Sachsen-Anhalt	114	33,0	9,3
Sachsen	288	494,2	41,7
Brandenburg	415	3815,4	397,1
Preußen	123	155,2	69,2
Brandenburg	479	1543,5	104,1
Preußen	222	470,2	41,7
Total (einschl. Ausland)	3030	14228	1636

Diese Dividende von 8,09 gibt ein ungefähres Bild von der Rentabilität, deren sich die deutsche Industrie als Ganzes erfreut. Wenn man diese teilweise beispiellose Entwicklung der deutschen Industrie sich vor Augen führt, dann kann man in der Tat verstehen, wenn das Ausland, vornehmlich England, daß zudem noch über wesentlich günstigere Produktionsbedingungen verfügt als Deutschland, neidisch auf das letztere blickt. Das ist für uns Grund genug, das kostbare Gut, das wir in unserer Industrie besitzen, zu wahren und zu pflegen; andererseits die Industrie so fortzuentwickeln, daß bei Erhaltung ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit auch die deutsche Arbeiterkraft in entsprechendem Maße an ihren Erträgen teilnimmt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Februar fällig ist.

Die Zahlstelle Gummerich erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pfg.).

Die Abrechnung für das letzte Vierteljahr 1912 ist von einigen Zahlstellen noch nicht eingelangt. Es wird um baldige Einlieferung gebeten. Die im Rückstand befindlichen Zahlstellen werden im Holzarbeiter veröffentlicht.

Die Arbeitslosenmeldungen für den Monat Januar sind, falls das noch nicht geschah, sofort abzusenden.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 15 514 Georg Becker, Nr. 70 089 Georg Kohler, Nr. 79 839 Josef Wiemer. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Reaktionschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten

Redak. und Fabrikdirektor: Stolberg bei Aachen (Nadel- fabrik Prym), Mendel i. B. (Metallwarenfabriken).
Schreiber: Reheim (Schopp).

Zur Wiederaufnahme der gestrichelten Tarifverhandlungen. Unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Erelleng Freiherrn von Berlepsch wurden letzten Montag im Saal 6 des preussischen Abgeordnetenhauses die am 16. Jan. abgebrochenen Tarifverhandlungen wieder aufgenommen. Es handelt sich um einen letzten Versuch, den bereits vom Schutzverband angekündigten Kampf schließlich doch noch zu vermeiden. Ob der Versuch den Bemühungen des Herrn Vorsitzenden gelingen wird, ließ sich bei Redaktionschluss noch nicht übersehen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Papenburg. Unter ziemlich guter Beteiligung der Kollegen hielt am 19. Januar unsere Generalversammlung ab. Zunächst erbat der Kassierer, Kollege Korfe den Geschäftsbericht. Die Zahlstelle Papenburg hat im Jahre 1912 fünf öffentliche und zehn Mitgliederversammlungen abgehalten. An Neuzugängen waren 36 zu verzeichnen. Leider ist der Mitgliederbestand nur um einiges höher wie im Vorjahre. Als erfreuliches Zeichen gilt es, daß im Jahre 1912 23 Uebertritte aus dem sozialdemokratischen Lager zu verzeichnen waren. Als dem wurde vom Kollegen Korfe der Rassenbericht erstattet. An Neuzugängen waren 36 verzeichnet, an Austritten 13. Die Hauptkasse betragen 5976,94 Markt. Die Ausgaben 2055,85 Markt; an die Hauptkasse eingelangt wurden 3921,09 Markt. Das Vermögen der Zahlstelle ist um 142,90 Markt gestiegen, trotzdem sehr hohe Unterhaltungen als Zuschuß zur Krankenkassenunterstützung gezahlt wurden. Dem Kassierer wurde es empfohlen haben, daß bei Erwerbslosigkeit die Organisation die beste Stütze ist, die es gibt. Erfreulich ist es zu nennen, daß im verflochtenen Jahre kein Sterbefall in der Zahlstelle zu verzeichnen war. Die Redaktionen berichteten, daß sie Bücher und Belege, sowie die Kasse stets in Ordnung gefunden hätten. Dem Kassierer wurde darauf Entlassung erteilt und ihm der Dank der Mitglieder für seine Arbeit ausgesprochen. Abschluß wurde zum Vorstandsbericht geschritten. Unser alter Vorsitzender gab bekannt, daß er wegen der schwierigen Verhältnisse, mit Rücksicht auf den weiten Weg, den er zu machen habe, von seinem Posten zurücktrete. So wurde der Kollege Heermann, der in nächster Nähe von Papenburg wohnt, fast einstimmig gewählt. Zuerst einigen Ermahnungen, die ihren Posten niederlegen, blieb sonst der Vorstand in der alten Besetzung. Der Geschäft führt Kollege Böhmede einen Vortrag. Unserer Aufgabe im Jahr 1913. Kollegen von Papenburg und Umgebung, wir gehen jetzt einer ersten Zeit entgegen! Sorgen wir uns aber, daß bald kein Arbeiter mehr am Orte ist, der nicht glücklich organisiert ist.

Kolmar i. R. Sehr zum Aerger unserer Gegner entwickelt sich hier die christlich-nationale Arbeiterbewegung recht gut. Hatten wir im Sommer am 18. November bei unserer ersten öffentlichen Kundgebung einen Zuschuß christliche Gewerkschafter, so sind es heute deren schon über 70; das will für die Christen hier am Orte schon etwas bedeuten. Am Sonnabend, den 25. Januar, veranstaltete unsere junge Bewegung eine Kundgebung gegen die Sozialisten. Die Kundgebung zum Kundbund gebrauchte werden, daß trotz der bisherigen roten Herrschaft in Kolmar der nationale und vaterländische Gedanke und dem Herzen der Arbeiterkraft nicht geschwunden ist. Gewerkschaftlicher Kollege Müller-Pöhl konnte in seiner Begrüßungsansprache auf das rote Judentum hinweisen, welches

auch in anderen Kreisen Kolmars unserer Bewegung entgegengebracht wird. So konnte die christlich-nationale Arbeiterbewegung bei ihrer Geburtstagsfeier des Kaisers auch den Herrn Landrat Freiherrn von Pleitenberg mit seiner Gemahlin begrüßen, welche gekommen waren, um auch bei den Arbeitern einige Stunden zu weilen. Auch Herr Pastor Schwenkferger und der Herr Vikar waren der Einladung gern gefolgt. Hierüber werden die Herren Genossen ja wohl ihre Glossen machen, aber wir gönnen ihnen diese Freude als Pfaster auf ihren Aerger über unsern Fortschritt. Kollege Schopohl-Danzig feierte dann in der Festrede den sozialen Kaiser und den Friedenskaiser. Zuerst stehe die christliche Arbeiterbewegung zu Thron, Reich und Altar. An der christlichen Arbeiterbewegung würden sich die roten Blüten brechen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in das die Versammlung freudig einstimmte, schloß der Redner. Nun nahm der Herr Landrat Freiherr von Pleitenberg das Wort. Man habe in Kolmar kaum mehr daran geglaubt, in einer Arbeitergewerkschaft eine Geburtstagsfeier des Kaisers feiern zu können. Nun sei es doch zur Tatsache geworden. Er sei gern der Einladung mit seiner Frau erfolgt und wünsche der christlichen Gewerkschaftsbewegung vollen Erfolg. Alle seien wir Arbeiter mit den Händen oder mit dem Kopf gearbeitet werden müsse. Gegenseitige Anerkennung sei notwendig. Wenn alle zusammenständen, würde es zum Wohl des Volkes sein. Mit einem dreifachen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung schloß der Herr Landrat seine Ausführungen. Mehrere Stunden blieben die Kollegen noch in fröhlicher Unterhaltung zusammen. Dieser Tag hat uns wieder einen guten Schritt vorwärts gebracht. Konnten wir doch wieder mehrere Uebertritte verzeichnen. Nun aber auch weiter so gearbeitet!

Darmstadt. Am 21. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß das abgelaufene Jahr für unsere Zahlstelle ein sehr bewegtes war. Versammlungen wurden insgesamt 20 abgehalten, die alle gut besucht waren. Sorgten doch auch die „Genossen“ im verflochtenen Jahr ganz besonders dafür, daß unsere Kollegen auf dem Posten bleiben, wollen wir unsere Stellung, die wir mit vieler Mühe errungen, nicht wieder preisgeben. In einzelnen Werkstätten kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, die an die Ueberzeugungstreue der Kollegen die größten Anforderungen stellten. Und trotzdem gelang es uns, eine Anzahl älterer Kollegen zu gewinnen. Unter diesem Zeichen stand der Verlauf unserer Generalversammlung. Einen Stamm strebsamer Kollegen, die ihre Zahl vermehren wollen und eine verhältnismäßig gute Lokalkasse, das trug mit dazu bei, daß alle Kollegen, die im letzten Jahr im Vorstand tätig waren, auch für das kommende Jahr ihre Kraft in den Dienst der guten Sache stellten. Und das ist gut und notwendig. Darmstadt gehört bekanntlich auch zu den 51 Städten, die demnachst mit der Ausprägung beglückt werden sollen. Den Schluß der Generalversammlung bildete der einstimmige Beschluß, den wöchentlichen Beitrag für die Dauer der großen Tarifbewegung auf 1 Markt zu erhöhen. Unsere Kollegen haben damit bewiesen, daß sie den Ernst der Situation richtig zu deuten verstehen. So soll es auch für die Zukunft bleiben.

Münster i. W. Am Sonntag den 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach Eröffnung durch den I. Vorsitzenden, Kollegen Fink, wurde zunächst durch den Lokalbeteiligten, Kollegen Kasper, der Jahresbericht erstattet. Derselbe war ziemlich umfangreich und umfaßte 22 Druckseiten, einschließlich einer im Laufe des Winters ausgenommenen Betriebsstatistik. Die letztere soll wegen ihrer interessanten Ergebnisse den folgenden Monatsbelegungen einer der nächsten Versammlungen folgen. Der Jahresbericht enthält zahlreiche statistische Angaben über Mitgliederstand, Häufigkeit und Umfang der Arbeitslosigkeit und Krankheit, Arbeitsnachweis, sowie über die gesamten Kassenverhältnisse. Außerdem war dem Geschäftsbericht ein kurzer Nachweis über die Tätigkeit des Beamten in der auswärtigen Agitation angefügt. Der Geschäftsgang war im abgelaufenen Jahre im allgemeinen als befriedigend zu bezeichnen mit Ausnahme des letzten Monats, welcher ein plötzliches Abflauen des Erwerbslebens brachte. Bezüglich des Mitgliederstandes muß leider konstatiert werden, daß derselbe auch im laufenden Jahre keine Erhöhung erfahren hat. Ausgenommen wurden 81 Kollegen — zugereist sind 42 — übergetreten 3 — Abgereist 109 — gestorben 3 und sonstiger Abgang 15. Die Lehrlingsabteilung umfaßt 10 Mitglieder. Andererseits ist als erfreuliche Tatsache zu buchen, daß rund die Hälfte aller Kollegen 6—12 Jahre als Mitglieder unserer Zahlstelle angehören. Davon sind 90 Kollegen, welche der Zahlstelle 10 und mehr Jahre als Mitglieder angehören. Die Beitragsleistung ist befriedigend. Die Einforderung der Beiträge erfolgt durch 25 Vertrauensleute, welche regelmäßig alle 14 Tage mit der Lokalverwaltung Abrechnung halten. Die Einziehung der Beiträge erfolgt ausschließlich in den Wohnungen der Kollegen. Von den Vertrauensleuten gehörten 6 Kollegen dem Vorstande an. Lobenswert ist die Ausdauer der älteren verheirateten Vertrauensleute, unter denen alle Altersklassen vertreten sind. Der älteste davon ist unser Kollege Büdmann, welcher trotz seiner 72 Jahre seinen Posten noch in voller Rüstigkeit versteht. Die Kassenverhältnisse haben auch im vergangenen Jahre wieder trotz erheblicher Ausgaben eine Besserung erfahren. Der Lokalfonds hat bereits wieder das 3. Tausend überschritten. Es wurden auch im Jahre 1912 recht erhebliche Anforderungen an die Lokalkasse betr. der zu zahlenden Unterstützungen gestellt. Im ganzen waren 114 Arbeitslose und 74 Kranke zu unterstützen, für welchen Zweck insgesamt der Betrag von rund 900 Markt verausgabt wurde. Seit Einführung der Lokalförderungen wurde im ganzen der Betrag von 7150 Markt für Streik, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Reiseunterstützung ausgegeben. Das Vereinsleben hatte vielfach unter schlechtem Wetten zu leiden. Durch die Verlegung der Versammlungen auf die Sonntage soll diesem Uebelstand in Zukunft gesteuert werden. An Vorträgen wurden 11 gehalten, zu welchen sich auch verschiedene auswärtige Referenten zur Verfügung stellten. Erreuerlicherweise hatten wir im abgelaufenen Jahre auch den Besuch des Zentralvorsitzenden zu verzeichnen. Der Anlaß dazu war allerdings nicht so erfreulich, soll aber nicht weiter erörtert werden, da das Streikobjekt zur Zufriedenheit der meisten Kollegen beseitigt wurde. An Wahlen waren zu tätigen die Krankenkassenwahlen, sowie die Wahl eines neuen Gesellenauswahles. Die Generalversammlungen der Ortskrankenkasse werden von unseren Vertretern gut besucht und geht der eigentlichen Generalversammlung jedesmal eine geschlossene Vorbereitung der Tagesordnung voraus. 2 Kollegen sind an der unteren Verwaltungsbehörde, resp. am Berufungsausschuß tätig, während der Lokalbeteiligte am Oberverwaltungsamt fungiert. Außerdem sind 2 Kollegen Besitzer am Gewerbergericht. Die ausgenommene Betriebsstatistik hat ergeben, daß der Betrag noch nicht in allen Betrieben zur Durchführung gelangt ist. Bezüglich der Löhne ist allerdings gegen das Vorjahr eine wesentliche Besserung, besonders in den Kleinbetrieben, zu konstatieren. Jedoch haben die Ermittlungen bezüglich der Arbeitszeit, besonders in den Kleinbetrieben, noch recht kümmerliche Ergebnisse gezeitigt. Eodius daran sind die mangelhaften Organisationsverhältnisse in diesen Betrieben, während

die größeren Betriebe fast restlos organisiert sind. Es bleibt also noch ein gut Stück Arbeit für das neue Jahr. Es sind namentlich solche Kollegen, die bereits früher dem Verband angehört haben, welche den Organisationsbestrebungen den meisten Widerstand entgegensetzen. Ermittelt wurden insgesamt 93 Tischlereibetriebe — 3 Instrumentenfabriken — 4 Wagenbauereien — 4 Käfereien — 2 Drechslerbetriebe mit zusammen 636 Arbeitern. Davon sind rund 400 organisiert! Möge der Hinweis auf diese letztere Tatsache alle unsere Kollegen veranlassen, im neuen Jahre unter Einsetzung aller Kräfte an der Befesterung der Verhältnisse mitzuarbeiten. Nur in der Einnahme liegt unsere Stärke. Die Vorstandswahl hatte folgenden Ergebnis: An Stelle des aus Gesundheitsrückichten zurücktretenden I. Vorsitzenden Kollegen Fink wurde Kollege Anton Rappenberg gewählt. II. Vorsitzender ist Kollege Andros, I. Schriftführer Kollege Eduard, II. Schriftführer Kollege Düweck, als Beisitzer gewählt die Kollegen Hasse, Ruffner und Rumpfhau. Als Kassiererevisoren wurden gewählt die Kollegen Fink, Meher und Leibesforst. Die Vorstandswahl wurde durch eine besonders dazu gewählte Kommission vorbereitet und in der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

Druchfall (Daubenhauer). Dem Beispiele anderer Berufe folgend, haben sich nach einer Aussprache mit dem Kollegen Ersing-Karlstraße auch die Daubenhauer dem Zentralverbände christlicher Holzarbeiter angeschlossen. Den Kollegen in diesem Beruf fällt die Aufgabe zu, mit Handbeil und Schneidmesser die Daubhölzer und Speichen nach jeder Art zuzurichten. Es wäre zu wünschen, daß auch die Daubenhauer an anderen Orten, besonders die Kollegen, die in der Rheinpfalz ihren Wohnsitz haben, sich baldigst anschließen würden, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Es kommen da die Kollegen in der Umgebung von Kaiserslautern, Truppstadt und Mölsbach in Frage. Aber auch die Kollegen, die im Spejart, in der Gegend von Wschaffenburg, Weibersbaum, Frommersbach und Nechlenbach ihr Domizil haben, werden recht einbringlich zum Beitritt in die Organisation gemahnt. Kollegen anderer Berufe in der Nähe der genannten Orten sind gebeten, den Kollegen vom Daubenhauerberufe, mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, damit wir am Jahreschluss sagen können: auch die Daubenhauer sind gut organisiert. An die Arbeit!

Danzig. Einen äußerst guten Besuch wies unsere Generalversammlung auf. Obwohl das Arbeitspensum der Generalversammlung etwas reichlich war, zeigten die Kollegen, daß sie sich des Ernstes der Zeit voll bewußt sind. Alle hielten bis zur letzten Minute aus. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß auch im vergangenen Jahr energisch am Ausbau unserer Zahlstelle gearbeitet worden ist. Nachdem wir unter den Organisationen jetzt an zweiter Stelle stehen, unsere Mitglieder auf allen Werkstätten vertreten sind, ist der Grund für die Gewinnung sämtlicher, auf christlich-nationalen Boden stehenden Kollegen, gelegt. Jetzt gilt es die systematische Ausbildung der Werkstattonen, die Gewinnung der Lehrlinge und die Pflege einer guten Statistik. Der Jahresbericht des Kassierers wies eine erfreuliche Stärkung des Kasernenvermögens auf. Ueber 4500 Mk. konnten an die Hauptkasse abgeliefert werden, während die Lokalkasse eine Steigerung von 700 Mk. erfahren hat. In der Diskussion wurde bei voller Würdigung des Geleisteten allseitig gewünscht, daß jedes einzelne Mitglied im Jahre 1913 sich rege an der Agitation beteilige. Die Gewinnung von Mitgliedern sei nicht bloß Sache der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner. (Wie wäre es, wenn eine Liste geführt würde darüber, wer die Kollegen aufnimmt und am Jahresabschluss dieses bekannt gegeben würde? D. B.) Bei aller Agitation müsse aber auch die größte Sparfamkeit herrschen, damit unsere finanziellen Verhältnisse gesund blieben. Beim Punkt „Beitragserschöpfung“ gab der Bezirksleiter die gerade eingetragene Meldung des Angebots der Arbeitgeber bekannt. Mit allen gegen 5 Stimmen erklärten sich die Anwesenden für die Erhöhung des Beitrags auf 80 Pfg. Das war unzweifelhaft die beste Antwort auf dies Angebot der Arbeitgeber. Für Danzig bedeutet das Angebot der Arbeitgeber um weniger, als die Kollegen für die am 1. Februar d. J. eintretende Verkürzung der Arbeitszeit keinen Lohnausgleich erhalten. In der Zeit vom 1. Oktober 1913 bis zum 1. Oktober 1914 würden unsere Kollegen 244 Mk. mehr verdienen als wie in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis zum 1. Oktober 1912. Leider gibt es ja noch Dämonen, wenn auch nur in wenigen Exemplaren, die da glauben, bei solchen Verhältnissen noch Extralöhne machen zu dürfen. Darüber werden wir später mal ein deutliches Wort reden. Bei der Vorstandswahl zeigte sich das allseitige Bemühen, nur tüchtige Kollegen, die auch die Gewähr für eine gute Entwicklung der Zahlstelle bieten, für die jetzt doppelt wichtigen Posten zu bestimmen. I. Vorsitzender wurde der Kollege M. Klein, II. Vorsitzender E. Krüger, I. Kassierer M. Jarius. Alle drei Kollegen waren bereits früher jahrelang Vorsitzende unserer Zahlstelle. Kollege Klein ist Gründer derselben und sieben Jahre war er bereits Vorsitzender. Jahrelange Erfahrung steht also diesen Kollegen zur Seite. Wenn nun jedes Mitglied seine Pflicht erfüllt, so müssen im Jahre 1913 die 300 Mitglieder erreicht werden. Mit dem Wunsche, daß diese gelinge und einem donnernden Hoch schloß der neue Vorsitzende die eindrucksvolle Versammlung.

Wald. Am 12. Januar hielt unsere Zahlstelle die diesjährige Generalversammlung ab, die einen guten Besuch aufwies. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß es im letzten Jahre doch etwas vorangegangen ist, trotzdem die Stodarbeiter 27 Wochen im Kampfe standen. Hat uns der Kampf auch ein Loch in die Lokalkasse gemacht, so hoffen die Kollegen doch, durch die Erhöhung des Beitrags von 70 auf 80 Pfg. die Scharte wieder auszuweken. Der Kassierer gab den Kasernenbericht. Dann wurde die Vorstandswahl getätigt. Trotzdem Kollege Weyand als Vorsitzender sich gegen eine Wiederwahl sträubte, wurde er wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender fungiert Kollege Liebes-Haan. Als Kassierer wurde Kollege Keyermann (jetziger Schriftführer) gewählt. Als Schriftführer der früheren Kassierer Kollege Schmitz. Da letzterer in Ohligs wohnt, mußte eine Änderung eintreten, damit Vorsitzender und Kassierer besser Hand in Hand arbeiten können. Revisoren wurden die Kollegen Müller II und Hygen. Als Delegierter zum sozialen Ausschuss wurde Kollege Wittig gewählt, als Kartellbelegierter Kollege Weyand. Kollege Stedem-Düffelhoff gab den anwesenden Kollegen einige Winke zur Agitation. Jeder sollte zur Stärkung des Verbandes beitragen und nicht wie es früher der Fall war, zumeist alles dem Vorsitzenden überlassen. Unter verschiedenen wurde beschloffen, dem Vorsitzenden, dem Kassierer und den Vertrauensmännern eine kleine Vergütung zu bewilligen. Weiteres bleibt dem Vorstand überlassen. Zum Schluss forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Versammlungen pünktlich zu besuchen und Opferwilligkeit zu bekunden.

Ulm a. D. Am 18. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung im Lokal zum Herrnteller ab. Der Vorsitzende Kollege Stodder gab einen Überblick über das Jahr 1912. Das die Neuaufnahmen anbelangt, so stand die Zahlstelle Ulm im Beginn an erster Stelle. Leider ist Ulm zum dauernden Aufstieg bei

Kollegen, wie es scheint, nicht geeignet. Möge es in Zukunft hierin besser werden, damit wir die Zahl 100 bald erreichen. Kollege Schney gab den Kasernenbericht. Die Lokalkasse weist einen guten Stand auf. Bei den Neuwahlen wurden folgende Kollegen gewählt: Stodder I. Vorsitzender, Gatter II. Vorsitzender, Schwarz Kassierer; Edel Schriftführer; Beisitzer: Bucher und Schneck; Revisoren: Ude und Papel; Kartellbelegierte: Bucher und Schwarz. Die Vertrauensmänner haben in opferfreudiger Weise sämtlich wieder ihre Posten übernommen.

Sägearbeiter.

Ortsburg. Eine von über 50 Kollegen besuchte Versammlung hielt am Sonntag, den 12. Januar, unsere Zahlstelle ab. Bezirksleiter Kollege Schopohl referierte über die Lebenslage der hiesigen Holzarbeiter. Dasselbe ist eine äußerst traurige zu nennen. Der Höchstlohn, den hier ein Arbeiter verdient, beträgt 24—25 Pfg., während Löhne von 18—18 Pfg. für verheiratete Arbeiter an der Tagesordnung sind. Solch schlechte Verhältnisse findet man nur noch in diesem Winkel Ostpreußens vor. Die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen trägt hieran die Schuld. Wenn die Kollegen aber jetzt aus der Gleichgültigkeit aufwachen, werden sie auch schon andere Verhältnisse herbeiführen. Darum, Kollegen von Ortsburg, haltet fest an eurer Organisation!

Danzig. Am Donnerstag den 23. Januar hielt die Abteilung der Reichsholzarbeiter ihre Hauptversammlung ab. Aus dem Bericht des Abteilungsleiters, Kollegen Hinz war zu ersehen, daß die Kollegen rege am Ausbau der Gruppe gearbeitet haben. Konnte doch die Mitgliederzahl verdoppelt werden, teils durch Neuaufnahmen, teils durch Uebertritte aus dem roten Transportarbeiter-Verband. Bezirksleiter Kollege Schopohl behandelte dann den drohenden Lohnkampf im Holzgewerbe. Einstimmig erklärten sich die Kollegen bereit, die in den Kampf kommenden Kollegen finanziell zu unterstützen. Als Abteilungsleiter wurde Kollege Hinz einstimmig wiedergewählt. Kollegen! Jetzt heißt es im neuen Jahr noch besser gearbeitet, wie im vergangenen. Von den Hunderten noch abwärts stehenden Kollegen müssen wir im neuen Jahr einen größeren Teil für uns gewinnen. Wir können es, wenn wir wollen!

Gewerkschaftliches.

Haltet die Mitgliedsbücher in Ordnung!

Im Mitgliedsbuch eines jeden ordnungsliebenden Gewerkschaftlers muß alles seine Richtigkeit haben. Das liegt im Interesse der Kollegen selbst, aber auch im Interesse des Verbandes. Den Zahlstellen und auch der Geschäftsstelle wird durch ein ordnungsgemäß instand gehaltenes Mitgliedsbuch die Arbeit in vielen Fällen erleichtert und der Inhaber des Buches selbst wird mit manchen Scherereien verschont, die ihm sonst ziemlich sicher sind.

Leider sind sich recht viele Kollegen des Wertes der Ordnung noch nicht bewußt. Wie wenig Wert legen z. B. reisende Kollegen oftmals auf eine pünktliche An- und Abmeldung. Besonders wenig Ordnungssinn bezeugen aber die Leeren Markenselder. Wird der Kollege von der Ortsverwaltung auf letzteres hingewiesen, dann gibt es tausenderlei Entschuldigungen: „Ich habe die bezahlten Marken verloren.“ — „Ich war arbeitslos, ohne Unterstüttung beansprucht zu haben.“ — „Ich war krank, ohne die Krankheit zu melden.“ — „Ich war zu Hause und habe nichts verdient.“ — Wer wolle alle die Entschuldigungsgründe aufzählen können!

Der Barmer Verbandstag hat mit diesen Entschuldigungen tabula rasa gemacht. Kein einziger von ihnen hat noch Berechtigung. Vom 1. Januar 1912 ab müssen sämtliche Mitgliedsbücher in tadelloser Ordnung sein. Wer leere Markenselder in seinem Buche hat, verliert jeden Anspruch auf die Einrichtungen des Verbandes.

Um jeglichen Mißbrauch mit Entschuldigungen auszuschließen, hat der Barmer Verbandstag die beitragsfreien Marken eingeführt. Wer einmal von der Zahlung des Wochenbeitrags aus diesem oder jenem Grunde entbunden ist, hat darauf zu dringen, daß ihm seitens der Zahlstellen für diese Zeit beitragsfreie Marken gestellt werden. Da die Zahlstellen der Hauptkasse für jede derartige Marke 20 Pfg. entrichten müssen, werden sie selbstverständlich nur dann die beitragsfreien Marken flegen, wenn seitens des Mitgliedes die Meldung rechtzeitig und regelmäßig erfolgt ist. Bei verlorenen Marken werden die Zahlstellen ebenfalls nur dann den Verlust durch beitragsfreie Marken quittieren, wenn sowohl die Zahlung als auch der Verlust einwandfrei nachgewiesen sind. Schon aus Interesse für die Lokalkasse sind so die Ortsverwaltungen gezwungen, auf Ordnung zu sehen. Wenn die Zahlstellen das Kleben beitragsfreier Marken unter Berufung auf die Verbandssatzungen ablehnen, bleibt den Kollegen nichts anderes übrig, als den regelmäßigen Wochenbeitrag zu entrichten. (Markenleere Felder sind nur dann in den Mitgliedsbüchern zulässig, wenn der Inhaber des Buches beim Militär war, eine Fachschule besuchte oder im Auslande weilte, wo ein christlicher Berufsverband der Holzarbeiter nicht bestand. Jeder Fall dieser Art ist einwandfrei nachzuweisen und im Mitgliedsbuch zu bescheinigen.)

Wenn ein Mitglied aus einer Zahlstelle abreißt, ohne vorher sein Buch in Ordnung gebracht zu haben, so hat er sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Solange markenleere Felder im Buche sind, darf kein Kassierer Unterstüttungen irgendwelcher Art an den Inhaber des Buches auszahlen. Die diesbezüglichen Verpflichtungen sind bei derjenigen Zahlstelle zu erfüllen, wo der Kollege das Kleben der Marken veräumte. Genau wie bei der Invalidenversicherungskarte ist jedes Verbandsmitglied selbst verantwortlich für sein Mitgliedsbuch. Der Schaden, der dem Mitgliede aus dem nichtordnungsgemäßen Mitgliedsbuche erwächst, hat es sich selbst zuzuschreiben.

Die Zahlstellen sollen selbstverständlich bestrebt sein, die ordnungsgemäße Führung der Bücher zu erleichtern. Zu diesem Zwecke ist ab und zu eine Bücherkontrolle notwendig. Mindestens alle Vierteljahre sollte eine solche vor sich gehen. Mit dem Abreißpenken der Marken läßt sich eine derartige Kontrolle recht gut verbinden. Stimmst's dann in diesem oder jenen Buche nicht, so verhilfert eine frühzeitige Mahnung wenigstens die Entschuldigung: „Das hätte man mir auch eher sagen können!“

Die Entlarung einer sozialdemokratischen Schauermär
Ohne Angabe von Ort und Datum geht zurzeit durch die ganze sozialdemokratische Presse eine angebliche „Erklärung“ des Mitgliedes Anton Weber vom christlichen Metallarbeiterverband. Weber soll den Sozialdemokraten erklärt und durch seine Unterschrift bestätigt haben, „daß er vom christlichen Metallarbeiterverband, Verwaltung Mendon, mit noch 14 anderen Metallarbeitern nach Stuttgart gefandt wurde, um dort bei der Firma „Sanitaria“ in Arbeit zu treten.“ Die „Erklärung“ ist auf dem Büro des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen im Sojuzagen erschlichen worden. Wie unehrlich und verschlagen die Sozialdemokraten zu Werke gehen, um sich Scheinbeweise für nicht vorhandenen christlichen Streikbruch zu verschaffen, wird in nachstehender Erklärung Webers vor aller Öffentlichkeit entlarvt.

Erklärung:

Am Freitag, den 17. Januar 1913 war ich auf dem Büro des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen, und hat, in der Meinung, auf dem Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sein, um Reiseunterstützung. Dort wurden mir ein paar Glas Bier traktiert. Man fragte mich nach dem Woher und Wohin der Reise und forderte mir mein Mitgliedsbuch ab. Mir wurde dann ein auf der Schreibmaschine hergestelltes Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt. Mit dessen Inhalt war ich nicht einverstanden. Der letzte Teil enthielt soviel Unrichtigkeiten, daß ich ein Drittel des ganzen Blattes vor Hergegens meiner Unterschrift abschneiden ließ. Daß ich, wie in dem mitteleweile in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Schriftstück steht, von der Ortsverwaltung Mendon des christl. Metallarbeiterverbandes nach der Firma „Sanitaria“ geschickt worden sei, ist unwahr. Dieses Werk ist mir bis heute noch vollständig unbekannt. Ich war der Meinung, in dem Schriftstück hätte es heißen statt „Sanitaria“ „Secretaria“, worunter ich unser Verbands-Sekretariat Stuttgart verstanden habe, wo ich von Mendon aus freiwillig hingeschiffen war. In dem von mir unterzeichneten Schriftstück hat meiner Erinnerung nach das Wort „Arbeitswilligen“ überhaupt nicht gestanden.

Ferner habe ich zu erklären: Die Ueberweisung nach Stuttgart wurde mir in Mendon auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin ausgeführt. Auch habe ich auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin mit noch drei anderen Kollegen von Stuttgart aus zu Fuß die weitere Reise angetreten, um unterwegs Arbeit zu suchen; andernfalls hätte ich auf unserem Verbandsbüro in Stuttgart anstandslos das Fahrgeld zur Rückreise erhalten. Damit fallen sämtliche Schlussfolgerungen, die die sozialdemokratische Presse an meine angebliche „Erklärung“ knüpft, reflos in sich selbst zusammen. Bochum, den 26. Januar 1913.

Anton Weber.

Diese öffentliche Entlarung der hinterhältigen sozialdemokratischen Kampfweise gegen die christlichen Metallarbeiter in Mendon, kennzeichnet wieder einmal so recht das weite soziald. Gewissen.

Stimmen für die christlichen Gewerkschaften. In drei evangelischen Gemeindeversammlungen zu Ruie in Sachen referierte Gewerkschaftssekretär Kollege Boigt-Dresden über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Nachstehende Resolution wurde jedesmal einstimmig angenommen: „Die Versammelten erkennen die Notwendigkeit an, daß die zahlreichen christlich und national gesinnten Arbeiter Schutz und Stärkung finden in einer christlichen Organisation und versprechen, eine solche, wie sie in der „christlichen Gewerkschaft“ seit Jahren an vielen Orten unseres Vaterlandes in Segen wirkt, mit allen Kräften zu fördern.“ — Das widerlegt besser als andere das sozialdemokratische Gerede von den Zentrums-Gewerkschaften.

Soziale Rundschau.

Städtische Arbeitslosenversicherung. In Kaiserlautern soll die Arbeitslosenversicherung durch die Stadt nach Kölner Muster eingeführt werden. Die Versicherung umfaßt zwei Abteilungen, eine Versicherungs- und eine Zuschußkaffe. Zu letzterer zahlt die Stadtverwaltung selbst pro Jahr einen Beitrag im Höchstbetrag von 5000 Mk. Mitglieder der Versicherungskasse können Leute vom 16. bis zum 65. Lebensjahre werden. Sie bezahlen zu dieser wöchentlich, je nachdem sie ledig oder verheiratet sind, und je nach der Klasse 20 bis 90 Pfg. Aus dieser Kaffe erhalten die Mitglieder, wenn sie mindestens 7 Tage arbeitslos sind, tägliche Unterstüttungen von 80 Pfg. die Ledigen und von höchstens 1 Mk. 20 Pfg. die Verheirateten, jedoch keinesfalls mehr als 60 Werkstage lang im Jahr. Diese Unterstüttung wird nur bezahlt, wenn dem Arbeitslosen eine Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Der Zuschußkaffe gehören alle Arbeitnehmer an, die in Kaiserlautern mindestens seit einem Jahr wohnhaft und beschäftigt sind, weiter können Arbeitnehmervereine mit mindestens 20 Mitgliedern diese geschloffen zur Zuschußkaffe anmelden. Aus der Zuschußkaffe erhalten die Mitglieder, je nachdem Mittel zur Verfügung stehen, täglich 50 Pfg. bis zum Höchstbetrag von 1 Mk. Zur Zuschußkaffe haben die angeschlossenen Arbeitnehmervereine Beiträge für ihre Mitglieder zu entrichten.

Das Teuerungsjahr 1912. Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt: Vor Jahresfrist wollte man an den obersten Regierungsstellen nicht glauben, daß die im Jahre 1911 einsetzende Zeit der Teuerung noch länger andauern werde. Man begnügte sich mit dem Hinweis, daß die Teuerung doch jedenfalls nur eine vorübergehende Erscheinung“ sei, und tat nichts, um schwerer Schädigung der gesamten Volkswirtschaft und Volksgesundheit vorzubeugen. Die Folgen dieser Gleichgültigkeit sind nicht ausgeblieben. Das deutsche Volk ist von der Teuerung auf das schwerste betroffen worden. Die Kaufkraft der breiten Volksschichten ist in einer recht bedenklichen Weise herabgemindert worden. Die von den großstädtischen Verwaltungen zur Bekämpfung der Fleishteuerung getroffenen Abwehrmaßnahmen haben in den letzten Monaten gewisse Erleichterung geschaffen; dies bietet aber noch nicht

Auch für die Annahme, daß die Leuerung im Abflauen begriffen sei. Die Preissteigerung gegenüber den Vorjahren noch immer gewaltig. Um die Einwirkung der Leuerung auf den einfachen Haushalt festzustellen, berechnen wir die Kosten des wöchentlichen Aufwands für Nahrungsmittel einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß wir die dreifache Verpflegung des deutschen Marine-Soldaten zugrunde legen. Dann erhält man für die Höhe der wöchentlichen Haushaltskosten in den einzelnen Monaten folgende „Indeziffern“ in Mark:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
1911	23,50	23,61	23,60	23,80	23,72	23,97
1912	24,69	24,83	25,18	25,74	25,52	25,85
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1911	24,37	24,65	24,77	24,83	24,64	24,60
1912	26,10	26,66	26,63	26,26	26,08	

Im Monat November 1912 ist demnach eine geringe Senkung der „Indeziffern“ um 0,18 Mark eingetreten. Im Vergleich zum vorjährigen Parallelmonat ergibt sich aber Steigerung um 1,44 Mk. Seit dem Monat Januar 1911 sind die Kosten des wöchentlichen Aufwands für Nahrungsmittel in Deutschland um 2,58 Mk. gestiegen. Eine Betrachtung des Verlaufs der Leuerung in den einzelnen Landes-teilen lehrt, daß die Steigerung der Haushaltskosten gegen-über dem Vorjahre in manchen Bezirken geradezu ungeheuer-lich war. Für die preussischen Landesteile ergaben sich näm-lich folgende „Indeziffern“ in Mark:

	Jan. 1911	Nov. 1911	Nov. 1912
Ostpreußen	21,88	22,33	25,09
Westpreußen	21,87	22,21	24,72
Posen	22,72	24,86	26,26
Pommern	22,21	23,74	25,76
Schlesien	23,26	24,94	25,36
Brandenburg	22,80	24,78	25,77
Sachsen	24,27	25,95	27,02
Schleswig-Holstein	23,84	24,65	26,05
Hannover	22,81	24,10	25,49
Westfalen	23,47	23,98	25,92
Rheinprovinz	25,35	26,01	27,06
Hessen-Nassau	24,47	24,94	25,97
Berlin und Vororte	23,04	24,27	25,74

Dabei ist bemerkenswert, daß gerade in den vorwiegend ländlichen Provinzen die Leuerung seit dem Monat Januar 1911 die stärksten Fortschritte gemacht hat. Für die wichtigeren ankerpreussischen Landesteile berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Aufwands für Nahrungsmittel auf Mark:

	Jan. 1911	Nov. 1911	Nov. 1912
Bayern	23,46	24,16	25,85
Württemberg	23,66	24,15	25,36
Baden	24,85	26,17	26,92
Ag. Sachsen	24,27	25,95	25,45
Hessen	23,41	24,45	26,94
Thüringen	23,31	25,21	26,93
Schwarzburg-Rudolstadt	24,31	26,18	25,27

Von den ankerpreussischen Gebieten weisen Hessen und Thüringen die bedeutendste Steigerung der Haushaltskosten seit dem Monat Januar 1911 auf.

Aus dem gewerblichen Leben.

Handelsentwicklung in England und Deutschland.

Während noch in den 80er Jahren Deutschland in der Hauptache Rohstoffe und Halbfabrikate an England lieferte und von England hinstimmend Fertigwaren bezog, ist das Verhältnis gegenwärtig vollkommen umgekehrt. Der Ge- samthandel zwischen Deutschland und England im Jahre 1910 einschließlich Edelmetall, belief sich in der Einfuhr auf 1020 Millionen, in der Ausfuhr auf 1119 Millionen Mark. Die Wareneinfuhr aus England betrug bloß 767 Millionen, dagegen wuchse nach Großbritannien schon seit einer Reihe von Jahren jedes Jahr weit über 200 Millionen Mark Edelmetall mehr ins Land, als wir ausfuhrten nach Eng-land. Was zeigt das? Das zeigt, daß England heute nicht mehr imstande ist, die Warenlieferungen der Deutschen wiederum mit eigenen englischen Waren voll zu bezahlen, sondern daß es gezwungen ist, etwa eine Viertelmilliarde mit Edelmetall zu begleichen. Dazu mag dann noch eine Reihe von Forderungen hinzukommen, die England an andere Länder stellt, aber auf dem Wege der internationalen Wechselbeziehungen gegen Deutschland ausbleibt. Ein Blick über die Arten der Waren, die zwischen beiden Ländern ge-handelt werden, zeigt den oben behaupteten Umschwung mit aller Deutlichkeit. England ist heute gezwungen, an Deutschland in erster Linie Rohstoffe und Halbfabrikate zu liefern und

empfängt von Deutschland zum größten Teil Fertigwaren. Auf einzelnen Gebieten ist ja die englische Produktion der deutschen wegen ihrer natürlichen Bedingungen überlegen, im allgemeinen aber hat Deutschland England überholt.

Selbst auf dem Gebiete, auf dem die Engländer bis vor wenigen Jahren scheinbar als die unumstrittenen Herren eine unbedingte Vormachtstellung einnahmen, kommt Deutschland Großbritannien immer näher: das ist das Gebiet des Welt-handels. Auch hier haben sich gewaltige Verschiebungen ergeben. Man sollte meinen, daß ein Schutzzollsystem gerade auf dem Gebiete des Außenhandels keine besondere Ent-wicklung aufweisen könnte, da es ja nach der Lehre der Freihändler das Schutzzollsystem ist, welches den Verkehr zwischen den einzelnen Völkern unterbindet. Gleichwohl hat der deutsche Handel einen gewaltigen Aufschwung genommen. Während der deutsche Außenhandel, Einfuhr und Ausfuhr zusammen, im Jahre 1901 10 1/2 Milliarden betrug, ist er im Jahre 1911 auf 19,1 Milliarden angestiegen, innerhalb eines Jahrzehntes also eine Zunahme um fast 9 Milliarden Mark! Zu Anfang des 20. Jahrhunderts hatte Deutschland noch nicht ganz 11 Prozent des ganzen Welt Handels inne, gegenwärtig beherrscht es 12,7 Prozent des Gesamtaußen-handels der Welt.

Und wie steht es mit England? Das handelsmächtige Ambion hatte im Jahre 1901 einen Außenhandel von 17 1/2 Milliarden, gegenwärtig einen solchen von 25 Milliarden; die Steigerung ist also um mehr als 1 Milliarde kleiner als bei Deutschland. Noch auffälliger aber wird die Tatsache, wenn wir die relative Steigerung berücksichtigen. England hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts ungefähr 20 Prozent des ganzen Außenhandels der Welt, gegenwärtig schwankt sein Anteil zwischen 16,9 und 17 Prozent. Es ist also der relative Anteil Englands am Außenhandel der Welt zurück-gegangen. Englands Handel hat sich nicht in gleicher Weise vermehrt wie der Gesamtaufstieg des Außenhandels der Welt. Wenn es gerade so rasch vorwärtsgeschritten wäre wie die allgemeine Tendenz, so müßte es heute ebenfalls 20 Prozent des Gesamtaußenhandels besitzen; es hat aber 2 1/2 bis 3 Prozent verloren. Deutschland hat dagegen fast ebensoviele gewonnen, als England verloren hat.

Dabei muß man bedenken, daß die englische Aus- und Ein-fuhr lange nicht so hoch wäre, wenn England nicht einen so großen Teil von Lebensmitteln einführen und dafür natür-lich wieder andere Waren ausführen müßte und ferner, wenn England nicht als Zwischenhändler für die Waren anderer Länder, besonders für die deutschen Waren, aufstreten würde. Werden doch viele Legitimwaren von Deutschland nach England geliefert, um dann als englische Waren in die Welt hinaus-zugehen. Auch sonst finden wir, daß England, wie die Handels-bilanz nachweist, große Massen von Fertigwaren aus Deutsch-land bezieht, die es gar nicht einmal alle mit Waren bezahlen kann. Würde nun dieser Zwischenhandel durch deutsche Kauf-leute selbst hinausgetragen werden in fremde Länder, so wäre es mit dem Handelsvorsprung Englands bald vorbei.

Geschäftslage in der Pianoforte-Industrie.

Wie dem „Fränkischen Kurier“ von sachmännischer Seite mitgeteilt wird, ist die Geschäftslage augenblicklich noch als verhältnismäßig günstig zu bezeichnen. Wenn man auch nicht verkennen dürfte, daß sich die Folgen der politischen Unruhen in den nächsten Monaten stärker bemerkbar machen können. Augenblicklich mache sich nur im Export nach Österreich und nach Australien ein größeres Nachlassen der Aufträge bemerkbar. Hinsichtlich Österreichs sei das Nachlassen auf die politischen Unruhen zurückzuführen, weshalb auch der Selbsteingang von dort schlecht sei. In Australien seien große Fabriken errichtet worden, deren Produktion natürlich das Abfließen der deutschen Piano-fabrikate einenge. Wenn sich trotzdem im Gesamtresultat diese Momente noch nicht sehr bemerkbar machten, so sei dies auf die Konjunktur und die guten Ernten besonders Australiens und Südamerikas zurückzuführen. Infolge der guten Ernte sei die Kaufkraft der Länder und damit auch die Nachfrage nach Pianos gestiegen.

Holzhändler und Nordwestdeutscher Hobelholzverband.

In einer am 10. Januar zu Düsseldorf stattgefundenen Ver-sammlung des Verbandes rheinisch-westfälischer und mittel-deutscher Holzhändler ist folgendes beschlossen worden: 1. der Nordwestdeutsche Hobelholz-Verband wird aufgefordert werden, von jetzt an auf den Verpflichtungsschein hin 1/4 % mehr Rabatt zu gewähren, als bisher, d. h. nunmehr 2 %; 2. aus den Mitgliedern wird ein Ausschuß gebildet werden, um dem sich der Hobelholz-Verband bei der Verhandlung der Preise zu benehmen hat, damit er diese nicht jeden Augenblick willkür-lich erhöhen kann; 3. ein weiterer Ausschuß wird gebildet werden, der eine Liste derjenigen Holzfirmen auszuarbeiten

hat, die wirklich als Händler zu betrachten sind. Der Hobel-holz-Verband wird aufgefordert werden, sich zu verpflichten, nur diesen Händlern zu verkaufen, damit nicht jeder beliebige Bauunternehmer unmittelbar von den bei ihm angeschlossenen Hobelwerken beziehen kann; 4. der Hobelholz-Verband hat sich bis zum Januar zu entscheiden, ob er auf diese Bedingungen eingeht, widrigenfalls die Händler wieder die Freiheit haben werden, zu kaufen, wo sie wollen. Der Hobelholz-Verband wird durch dieses „Ultimatum“ sehr in die Enge getrieben; denn das Angebot seitens der ihm fernstehenden Firmen, namentlich aus Lübeck, Bremen und anderen norddeutschen Städten, ist augenblicklich sehr groß und noch dazu äußerst günstig.

Die älteste Pianoforte-Fabrik Deutschlands,

die Göttinger Firma W. Ritmüller und Sohn G. m. b. H., war im Jahre 1912 über ihre Leistungsfähigkeit hinaus beschäftigt und hat in diesem Jahre 1000 Pianos und Flügel abgesetzt. Ein großer Teil der Fabrikation ist Exportgeschäft, besonders nach England. Ferner besteht ein reger Geschäftsverkehr mit Rußland, Holland, Belgien, Italien, Schweiz und Portugal. Eine große Anzahl Instrumente gehen nach tropischen Gegen-den, besonders nach Süd- und Mittelamerika nach Indien, Südafrika und Australien.

Waggon- und Maschinenfabrik, A.-G., vorm. Busch in

Hauken. Der Abschluß für das Jahr 1911/12 ergibt ohne den Vortrag des Vorjahres einen Jahresgewinn von 1198912 Mk. (im Vorjahr 851692 Mk.) Davon sollen zu Abschreibungen 339545 Mk. (207883 Mk.) verwendet, 100000 Mk. (80000) der außerordentlichen Rücklage und 6000 Mk. (wie im Vorjahre) der Talonsteuer-Rücklage zuge-führt werden; des weiteren soll auf das Aktienkapital von 3 1/2 Millionen Mk. (2344000 Mk.) eine Dividende von 19% (16%) auf die Vorzugsaktien und 14% (11%) auf die Stammaktien verteilt werden. Nach dem Abzug der Be-träge für Gewinnanteile und Belohnungen verbleibt alsdann ein Vortrag auf neue Rechnung von 96143 Mk. (93693 Mk.) Die Gesellschaft ist, mit Aufträgen bis zum Schluß des nächsten Kalenderjahres reichlich versehen, so daß für das neue Geschäftsjahr bei regelmäßigem Verlaufe wiederum ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht genommen werden kann.

Adressenveränderungen.

- Bielefeld. R. Wilhelm Rohne, Holandstraße 21, Stb., 12-1 und 7-8.
- Saarbrücken. V. August Westenbürger, Breitestraße 21.
- Billingen. V. Albert Leopold, Färberstraße 26.
- Herrlingen. R. Gerhard van de Paß, Topfstraße, 47, pt.
- Werk. V. August Diez, Bahnhofstraße 337/2. R. Fritz Müller, Schloßstraße 207.
- Danzig. V. Max Klein, Danzig-Schlibb, Oberstr. 90. Kassierer: Wilhelm Jarius, Neu-Schottland, Podowskiweg 94.
- Kirchhain N. L. V. R. Wilhelm Dammenhayn, Waldgraben 1.
- Meißen. V. Karl Wagner, Talstraße 25.
- Rehlinhausen. R. Gerhard Segerling, Gartenstraße 65.
- Schweinfurt. R. Josef Höfling, Johannisgasse 241.
- Waldorf. V. Arnold Schmidt, Tiergartenstraße 11.
- Emmerich. V. Wilhelm Reiffen, Tempelstraße.
- Kaufbeuren. V. Andreas Klaus, Tapezierer, Am unterm Berg.
- Lippstadt. V. Theodor Rathmann, Oeverfagener Chaussee.
- Mannheim. V. Oskar Buhl, K. 1. 17. R. Franz Freitag, K. 1. 17. von 4 bis 7.
- Offenbach. R. Otto Krefe, Rolkstraße 10. II. r.
- Speichingen. V. Max Kronenbitter, Eisenbahnstraße 394.
- Ulm. R. Anton Schwarz, Schulstraße 6, von 12-1 u. 7-8.
- Waldkirch. V. Heinrich Baumer, Schloßstraße 5. R. Linus Staiger, Hölderstraße 1.
- Wangen. V. Leonhard Schmidert, obere Hundstraße. R. Georg Bueffer, hintere Hundstraße.
- Zoppot. V. Josef Paradowski, Zoppot-Steinfies.

Briefkasten.

Eine Anzahl Zustellensberichte mußten zurückbleiben. Um Angabe der Adresse des Kollegen Otto Winkhöferer, Buchnummer 49923, geboren zu Dülmen am 26. Juli 1891, wird gebeten.

Reuburg. M. F. Es ist doch selbstverständlich, daß das Mitgliedsbuch zu jeder Zeit der Ortsverwaltung zur Kontrolle und zum Abstempeln ausgehändigt werden muß, falls solches verlangt wird.

Sterbetafel.

- Johann Gaweiler, Schreiner, 38 Jahre alt, gestorben zu Aachen.
 - Albert Brodmann, Tischler, 25 Jahre alt, gestorben zu Leipzig.
- Ruhet in Frieden!

Anzeigen der Holzstellen.

Dortmund.

Die vierjährige Gesellenlehre findet am 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Saale Berghoff, Kürschner- und Schneiderstraße, statt. Wegen anderweitiger Beschäftigung der Bewerber wurde die Gesellenprüfung auf diesen Tag verlegt werden. Kollegiales Er-scheinen erwünscht. Der Herrsch.

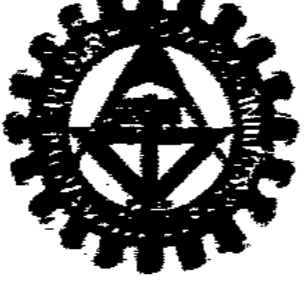
Gingelste Journiere für Röhrlische, Schrauben und Zylinder.

Fabrikation gegen 20 Tg. in Briefmarken. Lieferfrist: Verhandlungsgewohnt.

Georg Müller, Maschinenfabrik, Holzberg, Unterstraße 7.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER



(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäfts-briefwechsel, Wechselskde., Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewerblich. Geometrie, Stil- u. Formenl. Maß-, Werkz., Maschinenkunde, Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRUEFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. ENTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis.

PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Lücht, Tischler und Polierer

für feine elektrotechnische Holzwaren finden bauernde, gut lohnende Beschäftigung bei

Aug. Roppermann, Holzwarenfabrik und Kunstschlößerei, Wiltan i. Ga.

Bleistifte

Metermasse, Notizbücher

liefern zum Verkauf in den Zahlstellen preis-wert u. gut. Muster-Sortiment von Bleistiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralver-bandes christlicher Holzarbeiter.

H. Melchers, Köln-Nippes Bülowstr. 17.

Lüchtige Schreiner

werden gesucht. Anfragen an die Ortsver-waltung Speichingen des S. G. S. D.